

PP-20200514

DIE UBP ZUR AKTUELLEN HAUSHALTSLAGE

Der Landesrechnungshof hat in seiner Studie vom 27. Februar 2020 die Haushaltslage sowie Haushaltsstruktur mittlerer Städte in Hessen verglichen und bewertet. Die Prüfung in Pfungstadt fand vom September 2019 bis Januar 2020 statt. Sie basiert im Wesentlichen auf dem Jahresabschluss 2018, teilweise wurden auch Daten aus dem Zeitraum 2014 bis 2017 für die Untersuchung herangezogen.

Insgesamt „fragil“ – ab 2016 mit einem positiven Trend in Richtung „stabil“.

Der Zeitraum ist gesamtwirtschaftlich geprägt durch ein stetiges Wirtschaftswachstum, geringe Arbeitslosigkeit bei niedriger Inflationsrate. Auf Gemeindeebene profitierte Pfungstadt auch unter Berücksichtigung der Kreisumlage von höheren Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen. Trotz dieses günstigen Konjunkturmufeldes stuft der Landesrechnungshof die Haushaltslage der Stadt Pfungstadt in seiner 3-stufigen Skala als „fragil“ ein mit positiver Tendenz seit 2016 zu „stabil“. Ein besseres Bewertungsprofil verhinderten die hohe Gesamtverschuldung und daraus folgend der überdurchschnittliche Zinsaufwand im Vergleich zu anderen Mittelstädten. Angemahnt wurde eine schnellere Tilgung der Kredite. Per se wäre dies verkraftbar, wenn die Stadt ein enormes Wachstumspotenzial hätte.

Beim Wachstum fehlt die Dynamik.

Leider rangiert Pfungstadt bei diesem Kriterium weit unter dem Durchschnitt. Es fehlte an Wachstumsdynamik im Beobachtungszeitraum. Wachstumschancen, die zum großen Teil über Bevölkerungsentwicklung und Bautätigkeit definiert werden, wurden von anderen Städten gleicher Größenordnung besser genutzt.

Das Einsparpotenzial wird mit rd. 4,5 Mio. € beziffert.

Der Landesrechnungshof macht konkrete Vorschläge für Verbesserungen in diversen Teilhaushalten auf der Ertrags- und Aufwandsseite der städtischen Ergebnisrechnung. Das Einsparpotenzial wird mit rd. 4,5 Mio. € beziffert.

Die Corona-Krise verändert die Situation dramatisch.

Nach dem Ausbruch der Corona-Krise sind der Magistrat und die Stadtverordneten mit einer völlig neuen Situation konfrontiert. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass die Steuereinnahmen der Stadt und natürlich auch der übergeordneten Gebietskörperschaften im laufenden Jahr einbrechen werden. Die Steuerschätzungen werden mit Spannung erwartet. Auf

PP-20200514

DIE UBP ZUR AKTUELLEN HAUSHALTSLAGE

Basis der Zahlen des Jahres 2020 würde Pfungstadt, so wie viele andere Städte auch, vom Landesrechnungshof als „sanierungsbedürftig“ eingestuft werden.

Mit Geschick und nicht mit Steuererhöhungen die Probleme meistern.

Wie können wir als Kommunalpolitiker dazu beitragen, dass sich die Lebensverhältnisse der Bürger möglichst bald wieder normalisieren und diese nicht durch Steuererhöhungen noch weiter belastet werden?

Im ersten Schritt erwarten wir vom Bürgermeister, dass er als Krisenmanager auftritt und vorausschauend ein Sanierungskonzept entwickelt, über das die Stadtverordneten schnellstmöglich beraten und entscheiden können. Mit einer 20%-tigen Haushaltssperre ist es nicht getan. Es macht auch keinen Sinn Beschlüsse über einzelne Investitionsmaßnahmen zu fassen. Nachhaltige Erfolge erzielen wir nur, wenn es gelingt den Einbruch beim Jahresergebnis substantiell abzufedern. Auf Basis einer belastbaren Steuerschätzung sollte die Verwaltung ein realistisches Gesamtkonzept erarbeiten, das von der Stadtverordnetenversammlung nach sicherlich kontroverser Debatte beschlossen werden kann. Dabei wird allen Fraktionen ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft abverlangt werden. Je früher Sanierungsmaßnahmen beschlossen und umgesetzt werden, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir als Stadt die Herausforderungen der kommenden Jahre erfolgreich bewältigen können.

Auf Verbesserungspotenzial hat der Rechnungshof hingewiesen.

Der Landesrechnungshof hat die Verbesserungspotenziale aufgezeigt. Daraus sollte jetzt ein schlüssiges und umfassendes Sanierungspaket geschnürt werden. „Klein, klein“ und Einzelentscheidungen mit einer Vielzahl von mehr oder weniger sinnvollen Beschlussvorlagen bringen uns nicht weiter und werden dem Ernst der Lage nicht gerecht. Unabhängig davon, darf die aktuelle Situation nicht dazu verleiten, wichtige Projekte, die mit einer hohen Erwartungshaltung der Bürger verbunden sind (Bsp. Schwimmbad) erneut aufzuschieben oder zu zerreden.



Richard Kramer

Fraktionsvorsitzender
Für die Fraktion der UBP



Horst Knell

Stadtrat
Für die UBP Stadträte